

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Nr 15641.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettelerstrasse Nr. 4, und bei allen Kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Bis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Insolite Kosten für die Zeitzeile oder deren Raum 20 M. — Die "Danziger Zeitung" vermittebt Anzeigenaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1886.

Telegramme der Danziger Ztg.

Petersburg, 13. Januar. (W. T.) Das Reichsbudget für 1886 befreit die ordentlichen Staatsausnahmen auf 787 463 691, die ordentlichen Staatsausgaben auf 812 751 030 Rubel, somit ein Deficit von 25 287 000 Rubel; außerdem die außerordentlichen Staatsausgaben für den Bau von Eisenbahnen und Hafenbauten auf 52 643 240 Rubel, welche, wie das Deficit, aus außerordentlichen Hilfsmitteln und Kassenbeständen zu decken sind.

Politische Uebersicht.

Danzig, 13. Januar.

Die Zuckersteuer im Reichstage.

Die gestrige erste Berathung der Zuckersteuervorlage hat ebenso wie diejenige des Nordostsee-Canals einen überraschen den Verlauf genommen, nur in entgegengesetzter Richtung. Bezuglich des Nordostsee-Canals glaubte man auf eine ziemlich allgemeine Zustimmung rechnen zu können, und nun wird erst in der Commission eine sehr eingehende Prüfung der Sache über das Schicksal der Vorlage entscheiden. Die Zuckersteuervorlage dagegen war schon vorher in den Organen aller Parteien in sehr eindeutiger Weise kritisiert worden. Der deutsche Landwirtschaftsrath hat erst ganz kürzlich ein Votum gegen die ganze Vorlage abgegeben, welches die Interessen der Landwirtschaft schwer schädigen würde. Gestern aber sprachen sich fast alle Redner, wenn auch unter Vorbehalt, für den Gesetzentwurf als einen Notzhag aus und sparten ihre speziellen Wünsche für die Verhandlungen in der Commission auf.

Wenn man genau zusieht, stehen freilich die zu Tage getretenen Wünsche in ziemlich scharfem Gegen-
satz. Dem einen erscheint die Annahme, daß zu einem Cr. Rohzucker 10,50 Cr. Rüben erforderlich seien, als zu hoch, dem andern, z. B. Herrn v. Hellendorf als zu niedrig. Die Befestigung der Exportvergütung hoffen die einen in der Commission durchzuführen oder wenigstens einen Schritt in dieser Richtung zu thun und ziehen deshalb den Spaz in der Hand der Taube auf dem Dache vor, als welche, wie Herr v. Benda erzählte, einem großen Theile der Nationalliberalen die Fabrikationssteuer erscheint. Selbst Herr Dr. Witte schien unter gewissen Voraussetzungen, d. h. wenn eben gar nichts anderes zu erreichen wäre, der Erhöhung der Rübensteuer zustimmen zu wollen, vorausgesetzt nur, daß gleichzeitig eine Besteuerung der Melasse erfolge. Unter diesen Umständen ist es durchaus nicht unmöglich, daß in der Commission, welcher die Vorlage mit abweichen den Verhandlungen übergeben werden wird, die Steuererhöhung schließlich dennoch zu Falle kommt.

Gegen den Besluß des deutschen Landwirtschaftsraths auf Heraussetzung der Rübensteuer hatte Minister Lucius nur einzurufen, daß in Deutschland der Boden für eine erhebliche Steigerung des Zuckerconsums nicht so günstig sei, wie in England, daß also eine Steigerung der Einnahmen nur sehr allmählich und sehr langsam eintreten würde. Räthselhaft bleibt nur, weshalb der Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten nicht in der betreffenden Sitzung des Landwirtschaftsraths erschienen ist, in welcher die Vorlage so schwer verurtheilt wurde. Es zeigt sich auch hier wieder, daß die Regierung die Stimmen begütigender Versammlungen nur dann respektirt, wenn sie ihren Absichten günstig sind.

In der Thronrede bei Gründung des preußischen Landtages, welche bekanntlich morgen Mittag stattfindet, soll über die beabsichtigte Verwendung der Erträge des Brauntweinmonopols Aufschluß gegeben und der Verzicht auf preußische Steuervorlagen angekündigt werden. Selbstverständlich werden auch die erfreulichen Beziehungen zur östlichen Curie in das hellste Licht gestellt werden, um — das Centrum für das Monopol zu gewinnen. Man will sogar, schreibt die "Lip. Corr.", vermuten, daß in dieser Hinsicht irgend eine Überraschung geplant werde. Nun, man wird ja sehen.

Gegen das Brauntweinmonopol sind dem Reichstage bereits eine größere Zahl von Petitionen (über 100) zugegangen. Aus Westphalen liegt eine Petition mit mehreren Hundert Unterschriften vor, in der es u. a. heißt:

"Wir verdammen ebensosehr wie die hohe Reichsregierung den übermäßigen Genuss des Brauntweins und verabscheuen die Trunksucht. Wir glauben aber, daß eine durch das Monopol verursachte lärmliche Preissteigerung nicht der richtige Weg zur Bekämpfung der Trunksucht ist. Die regelmäßigen Consumenten des Brauntweins sind ausschließlich die von ihrer Hände Arbeit lebenden Schichten der Bevölkerung, der größte, aber auch am wenigsten benützte Theil des deutschen Volkes. Die Steuer würde deshalb ausschließlich aus den Taschen derer kommen, die am wenigsten dafür übrig hätten. Man behauptet, daß ein jeder den Beitrag zu dieser hohen Besteuerung dadurch vermeiden könnte, daß er dem Brauntwein genügt. Diese Ansicht ist ein Irrthum. Millionen von Deutschen, die Handwerker und Fabrikarbeiter in den Städten, die ackerbauende Bevölkerung vom Hofbesitzer bis zum Klempner und Tagelöhner, die Arbeiter an Eisenbahnen, Wegen und in Dörfern und viele Andere sind an einem mäßigen, regelmäßigen Genuss von Brauntwein gewohnt und können ihn bei ihrer Lebensweise nicht entbehren. Der Trunksüchtige aber wird durch hohe Preise von der Befriedigung seines Lasters nicht abhalten, wofür Rübezahl mit seinem früheren Brauntweinmonopol ein auffallendes Beispiel bietet; es gibt daher gegen wirkantere Mittel. Wir müssen auch der Meinung entgegentreten, als seien die Deutschen ein in Trunksucht versunkenes Volk und hätten benötigte Mittel nötig, um sie daraus zu erretten, als wäre die Trunksucht unter den Deutschen in der Zunahme begriffen. Das Gegenteil davon ist der Fall."

Ein sehr scharfes Urtheil gegen das Project finden wir ferner in einem landwirtschaftlichen Blatte, der "Deutschen Landw. Ztg.", welche den Entwurf eine "gelungene Saitre auf Karte" nennen, indem sie der großen Zahl der Landwirthe, welche

dadurch beeinträchtigt würden, die relativ kleine Zahl der jüngsten Brenner, welche Vortheil davon erwarten könnten, gegenüberstellen. Auch in conservativen Kreisen regen sich Bedenken. Der "Reichsboten", der, wenn auch schwächeren gegen die Monopol Stellung nahm, reist sich die von der Pastor Diez redigirte "Neue Welt. Volks-Ztg." an. Ja, es ist in der gegenwärtigen Zeit sehr oft schwierig, ob der conservative Blatt aus und erklärt, daß gerade von seinem conservativen Standpunkte aus nichts überbleibe, als gegen das Brauntweinmonopol Front zu machen.

Freilich gehören solche Stimmen in der conservativen Presse bis jetzt zu den Seltenheiten.

Wie übrigens offiziell bezüglich der Verwendung der Monopolbeiträge verlautet, habe zur Begründung der Monopol-Vorlage „in aller Stille in der ganzen preußischen Monarchie“ Erhebungen sehr umfangender Art stattgefunden welche sowohl die überall bestehenden, mit dem Brauntwein-Erzeugung, Weiterverarbeitung, dem Ausfuhrtarif usw. zusammenhängenden Betriebe, wie die Preise, die in jedem einzelnen Stadium gezahlt werden, festgestellt wurden. Für Preußen rechnet man, daß, wenn der Ertrag des Monopols selbst um 50 oder 70 Millionen hinter den verlangten 300 Millionen zurückbleiben sollte, er immer noch groß genug wäre, um die gesammte Grund- und Gebäudesteuer den Communen zu überweisen. Die Entschädigungen werden auf 3—400 Millionen berechnet. — Alles das schwelt natürlich so lange in der Luft, bis die Motive im Zusammenhange vorliegen.

Ein drohender Act russischer Revanche.

Eine sensationelle Mitteilung über einen neuen Uta in Betreff der Ausweitung preußischer Staatsangehöriger aus Rübezahl und dem Königreich Polen bringt der "Dziennik Poznański" aus Suwałki und bemerkt dazu: Dieser Uta werde zwar noch sehr geheim gehalten, werde jedoch in nächster Zeit veröffentlicht werden. Danach sollen alle preußischen Unterthanen, welche bis Neujahr 1886 die russische Staatsangehörigkeit nicht angenommen haben, ausgewiesen werden; denjenigen preußischen Unterthanen, welche ländliche Besitzungen haben, gewährt der Uta acht Monate Frist zur Ordnung ihrer Geschäfte, zur Verpackung oder Herbeiführung der Administration durch einen russischen Unterthanen; den Besitzer von Fabriken werden 6 Monate, den ständig in Fabriken beschäftigten Arbeitern 6 bis 8 Wochen, Knechten und ländlichen Arbeitern höchstens sechs Wochen, Meistern und Handwerkern, welche keine ständige Beschäftigung haben, sowie allen Arbeit suchenden Personen aus Preußen höchstens eine Woche Frist zum Verlassen der russischen Lande gewährt. Dieser Uta werde nach dem 13. Januar dieses Jahres publicirt werden. Es würden dann über 100 000 preußische Staatsangehörige aus Rübezahl ausgewiesen werden.

Wir sind nicht in der Lage, für die Richtigkeit dieser Meldung einzutreten. Nach den mehrfach erwähnten Forderungen russischer Blätter scheint indessen die Ausführung eines solchen Schlages kein Ding der Unmöglichkeit zu sein.

Die Hoffnungen der Bimetallisten.

In der gestrigen Sitzung des deutschen Landwirtschaftsraths ist auch in allem Ernst über die famose Währungsfrage beraten worden. Die Resolution*) legt indessen eine überraschende Bescheidenheit an den Tag. Während seit Jahren in allen bimetallistischen Reden und Schriften der Niedergang der Waarenpreise durch die Steigerung der Kaufkraft des Goldes und den völlig märchenhaften Mangel an Gold erklärt wird, behauptet der deutsche Landwirtschaftsrath, die Notlage der deutschen Landwirtschaft sei durch das, wenn nicht schon eingetreten, so doch jedenfalls zu erwarten, daß Steigerung des Geldwertes hervorgerufen, und fordert Herbeiführung internationaler Doppelwährung mit event. ohne England.

Die reibimetallistischen Blätter, wie z. B. die "Berliner Börsen-Ztg.", halten es inzwischen für angezeigt, die Hoffnungen ihrer Freunde durch den Hinweis auf Frankreich zu beleben, welches entschlossen sei, jetzt auf der Basis der neulateinischen Münzunion neue Währungsverhandlungen zunächst mit Deutschland zu eröffnen. Bis jetzt ist freilich nichts geschehen, als daß die Angelegenheit im französischen Abgeordnetenhaus von bimetallistischer Seite wieder einmal angeregt worden ist. Von Absichten der französischen Regierung in der bezeichneten Richtung ist noch nichts bekannt geworden.

Der Rechtsweg in Zollstreitsachen.

Der Antrag der deutschfreisinnigen Partei auf Zulässigkeit des Rechtswegs in Zollstreitsachen wird vermutlich diesmal im Reichstage eine weit umfangendere und eingehendere Erörterung erfahren, als im vergangenen Frühjahr. Die Nebenstände, welche aus dem Umstände entspringen, daß bei der heutigen Lage der Gesetzgebung der Bundesrat allein die Zollgesetze interpretieren und an jedem

*) Die von dem Rittergutsbesitzer Dr. Freye beantragte Resolution lautet: Der deutsche Landwirtschaftsrath befiehlt: Den Herrn Reichsstaatsanwälten zu erlauben, angeschlag der Notlage der deutschen Landwirtschaft durch das, wenn nicht schon eingetreten, so doch jedenfalls zu erwarten Steigerung des Geldwertes zunächst in Verhandlungen mit der Regierung des vereinigten Königreichs von Großbritannien über Aus- bzw. Umprägung vollwertiger Silbermünzen zu treten, um auf Grund gemeinsamer deutsch-englischer Garantien, wie sie in der Münzkonferenz zu Paris im Jahre 1881 ausdrücklich von der deutschen Reichsregierung in Aussicht gestellt waren, in den übrigen beteiligten Güternationen die Wiederaufnahme der freien Silberausprägung zu erleichtern; im Fall der Ablehnung seitens der Regierung Großbritanniens aber bei der von Jahr zu Jahr unheilvoller Krisis anderweitige Maßregeln zur möglichst baldigen Herstellung der internationalen vertragmäßigen Doppelwährung zu ergreifen.

Tage die gesamte Geschäftswelt mit einer funkelnden neuen Auslegung eines Paragraphen oder eines Tariffases überraschen kann, werden auch in anderen Fraktionen des Reichstags vollkommen gewürdigt. Von dem zum Centrum gehörigen Abg. Mintelen wird ein Antrag vorbereitet, nach welchem wenigstens für alle Zollstreitsachen, die sich nicht auf die Einreibung eines einzelnen Artikels in das amtliche Waarenverzeichnis beziehen, der Rechtsweg für zulässig erklärt werden soll. Von national-liberaler Seite will man nicht sofort einen formulierten Gesetzentwurf annehmen; von dem Abg. Struckmann wird deshalb eine Resolution vorgebracht, welche die Zollstreitsachen durch welche der Reichstag den Reichstag anfordern soll, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen zur Entscheidung der Zollstreitsachen verwaltungsgerichtliche Behörden eingesetzt werden. Endlich liegt auch noch eine von mehreren anderen Handelsvertretern unterstützte Eingabe der Handelskammer zu Frankfurt a. M. vor, nach welcher zur Bearbeitung der Zolltariffragen ein Central-Reichsorgan geschaffen werden soll, das über Zweifelsfälle in Zollstreitsachen rasch beschließt und seine für das ganze Zollgebiet maßgebenden Entscheidungen sofort veröffentlicht. Ob damit eine dem Bundesrat unterstehende Behörde oder eine vom Bundesrat unabhängige richterliche Instanz geschaffen werden soll, ist aus der Petition nicht zu ersehen.

Jedenfalls steht schon jetzt außer Zweifel, daß die Mehrheit des Reichstags die Frage, auf welche Weise eine unparteiische und einheitliche Auslegung der Zollgesetze besser als bisher zu sichern ist, einer sorgfältigen Prüfung zu unterziehen beabsichtigt; das Ergebnis wird zunächst von den Beratungen der Commission, an welche die verschiedenen Anträge wohl gehen werden, und von der Stellungnahme der Reichsregierung abhängen.

Die Abrüstung der Balkanstaaten.

Im Gegensatz zu den Petersburger Meldungen, welche der russischen Regierung das Verdienst zuschreiben wollen, die Collectivnote der Mächte auf Abrüstung seitens der Serben, Bulgaren und Griechen angeregt zu haben, wollte man, schreibt unser Berliner Correspondent, in Berlin wissen, daß die Anregung zu der Note von Deutschland aus gegangen wäre und daß diese seitige Bemühungen sogar in erhöhtem Maße erforderlich gewesen seien, um ein gemeinsames Vorgehen der Mächte zu ermöglichen. Wie dem nun auch sei, richtig ist jedenfalls, daß der Erlass der Collectivnote und ihr Inhalt von hier aus ungemein lebhaft gefordert worden ist. Es entspricht dies der angenommenen Haltung der deutschen Politik seit dem ersten Ausbruch der jetzigen Bewegung auf der Balkanhalbinsel. Im Gegensatz zu den Auslassungen der österreichischen Blätter ist man in Berlin tatsächlich voll Hoffnung und Zuversicht über den Ausgang der Friedensverhandlungen. Es wird mit Bestimmtheit behauptet, daß dem Beginn derselben ein allzeit befriedigendes Ergebnis bald folgen werde.

Serbien freilich sitzt noch immer auf dem alten Pferde. Es spielt noch immer den Sieger, verzweigt jede Zahlung von Kriegsentschädigung nicht nur, sondern beharrt auf der Wiederherstellung des früheren Zustandes zwischen Bulgarien und Thrakien und verlangt für den Fall der Anerkennung der Union noch immer die Abtreterung der Keiske von Widdin und Tarn seitens Bulgariens. — Es steht jedoch zu erwarten, daß die neue nicht missverständliche Action der Mächte diesem serbischen Lebemuth endlich ein definitives Ende machen wird. Als Ort der Friedensverhandlungen ist nunmehr Bitola angesetzt.

Der Putsch von Carthago.

Madrids Deputen stellen in Abrede, daß der Putsch von Carthago, über den gestern mehrfach berichtet ist, irgend welche Bedeutung habe. Dem widerstehen jedoch schon der Umstand, daß über Carthago der Belagerungszustand verhängt worden ist. Die Aufrührer sollen, so wird weiter behauptet, keine Soldaten, sondern aus Gran angenommene Auswanderer gewesen sein. Es ist freilich nicht verständlich, welchen Beweisgrund derartige Leute gehabt haben könnten, sich des Forts St. Julian zu bemächtigen. Carthago ist Kriegshafen und es steht dort eine nicht unbeträchtliche Truppenzahl. Da der Schluß liegt deshalb nahe, daß es sich bei dem Putsch zum mindesten darum gehandelt hat, die Stellung der Truppen zu sondieren. General Tijardo soll, wie der "Woss. Z." gemeldet wird, entweder seinen Kunden erlegen sein oder doch ein Arm durch Amputation verloren haben.

Jedenfalls ist der Putsch gründlich mißlungen und das gewährte der Hoffnung Raum, daß die politische Consolidirung Spaniens sich gegen solche Stirungsversuche, wenn sie sich wiederholen sollten, überhaupt als genügend fest erweist.

Das ungarische Unterhaus begann gestern die Budgetdebatte. Der Finanzminister erläuterte die einzelnen Budget-Titel und hob hervor, daß die Staatseinnahmen des Vorjahrs bei den meisten Werten den Voranschlag überstiegen hätten. Die Regierung habe ein Plus von 3 Millionen, die Bevölkerungssteuer ein Plus von einer Million ergeben. Die Berathung wird morgen fortgesetzt.

Die französische Deputirtenkammer hat gestern Abend die Wahl ihres Präsidenten vollzogen. Es wurde Floquet, der bisherige Präsident, mit 243 von 298 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Die ganze Rechte enthielt sich der Abstimmung. Zu Vicepräsidenten wurden de la Forêt, Lefèvre und Bayard wiedergewählt und an Stelle des zum Landwirtschaftsminister ernannten Deville Casimir Perier neu gewählt.

Nach einer offiziellen Depesche hat General Prendergast, der Oberbefehlshaber der Engländer in Birma, am 6. Januar verlassen und ist am 10. d. M. nach Mandalay zurückgekehrt. In Birma herrschte Ruhe, die Bevölkerung hat ihre gewöhn-

liche Beschäftigung wieder aufgenommen. Die Flottenbrigade kehrte am 8. Jan. nach Rangoon zurück. Ein kleines Truppencorps ist abgesondert worden, um den rebellischen Prinzen Myazindine, der sich samt seinem Anhänger 10 Meilen nördlich von Mandalay aufhält, zu umzingeln und gefangen zu nehmen.

Reichstag.

22. Sitzung vom 12. Januar.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die Besteuerung des Zuckers. Erhöhung der Rübenzuckersteuer von 1,60 M. auf 1,70 M. für das Betriebsjahr 1. August 1886 bis 31. Juli 1887, vom 1. August 1887 ab auf 1,80 M. pro 100 Kilogramm, während die Steuererhöhung für exportierte Rübenzucker vom 1. August 1886 bis zum 30. September 1887, wie bisher, 18 M. vom 1. Oktober 1887 ab 18,20 M. für Sandis und Zucker in Broden bis 31. Oktober 1887 22,20 M., vom 1. November 1887 ab 22,40 M. für alle übrigen harten und weichen Zucker in verschiedenen Formen von mindstens 98% Polarisation für dieselben Termine 20,80 M. resp. 21 M. betragen soll.

Abg. Witte (freit.). Daß diese Discussion ohne ein einleitendes Wort vom Regierungsrath eröffnet wird, befremdet mich. Das Organ des Vereins zur Vertretung der deutschen Rüben-Industrien gibt sein Gesamt-Urtheil dahin ab, daß wohl allein auf steinerpolitischem Gebiet ein gleichmäßiges Gesetz entworfen wurde. Da wäre es doch wohl Aufgabe der Regierung, die Einsprüche gegen das Gesetz und seine Begründung durch bessere Gründe ziemlich zu entkräften. Und nicht nur die Regierung hat seit einer langen Reihe von Jahren in der Behandlung dieser ganzen Frage Fehler auf Fehler gehäuft und die Reichsfinanzen ebenso umfangreich wie unverantwortlich geschädigt; auch dem Manne an der Spitze des Vereins der deutschen Zuckerindustrien, den ich zu meiner Freude hier in der Mitte des Reichstags sehe (Graf Hatz), wie der Fachpreise seines Vereins kann ich den Vorwurf nicht erlassen, daß er mit seinen Freunden an diesen Fehlern einen sehr schweren Anteil trägt. Diese von den Zuckerindustrien, so weit mein Erkenntnis reicht, einmütig verworfene Vorlage ist eben eine Frucht der von jener Seite der Regierung auf allen ihren Wegen willig gewährten Unterwerfung. — Zunächst ist in der Vorlage die Materialsteuer beibehalten, die in der Wirkung ungleichmäßig und durchaus ungerecht ist, da der Rübenverbrauch zur Herstellung eines Centner Zuckers in verschiedenen Theilen Deutschlands ein verschiedener ist; der Süden Deutschlands leidet schwer unter diesem Gesetz, während der Norden sehr erhebliche Vortheile aus ihm seit Jahren gezogen hat. Dieses auch heute noch festgehaltene System erklärt zum großen Theile den schweren Niedergang der deutschen Zuckerindustrie. Die Enquête hat den Sas von 10% Centner Rüben für 1 Centner Rüben angemommen. Ich hatte von vornherein wenig Vertrauen zu ihr. Von 55 vermittelten Sachverständigen waren 28 Melassezuckerer, die natürlich ein überwiegendes Interesse an der Beibehaltung der Rübensteuer hatten; gleichwohl haben sich 13 Sachverständige rückhaltlos für die Fabrikatsteuer ausgesprochen, und wie würde sich das Resultat einer Umfrage heute gestalten? Gemäß ganz anders. Denn als die Enquête ihre Arbeit mit fünf Dingen abgeschlossen, waren die Sachverständigen Kriege vielfach und mit Recht überzeugt, daß jene Arbeit durch die Thatsachen der Zwischenzeit längst überholt sei. Gleichwohl dient sie der Regierung heute als einziges Fundament ihrer Vorlage, nur daß jetzt 10% Centner Rüben für 1 Centner Rüben angenommen werden. Woher kommt diese Bitter? Wenn sie richtig ist, so frage ich die Reichsregierung: wo sind in den vergangenen Jahren die Rüben effectiv aufgekommen? Und wie wird es in der laufenden Campagne sein? Wir haben eine Bruttoeinnahme von ca. 116 Mill. gegen 166 Mill. im Vorjahr, der Export ist zurückgegangen, bis Ende Dezember um 1,2 Mill. bei vollen Lagern. Soll nur das Resultat auch nur des vorigen Jahres erreicht werden, dann müßten in den nächsten sechs Monaten weitere 2 Mill. Doppelcentner Zucker weniger aus Deutschland aufgeführt werden als im vorigen Jahre. Das ist unmöglich und wäre ein großes Unglück für unsere Zuckerindustrie. Aber wenn dies nicht geschieht, wo bleibt dann die Einnahme der Reichssteuer? Sie wird im laufenden Jahre geringer sein als sie jemals gewesen ist. Die Vorlage berechnet bei 90 Mill. Doppelcentner R

besonders günstiger Witterungs- und Temperaturverhältnisse handelte, und nicht vielmehr um die verbesserte Technik in der Industrie und vor Allem um den außerordentlichen Fortschritt in der Behandlung der Zuckerrübe durch Wahl des Samens und der Rübe selbst. Diese Thatache ist so wesentlich, daß man vertrauen darf, anzunehmen, daß die Zeiten für immer vorüber sind, in denen mehr als 9—10 Ctr. Rüben zur Herstellung von 1 Ctr. Zucker verbraucht würden. Wie steht sich nun bei richtigen Ziffern gegenüber dem in der Vorlage ausgerechneten Nettoertrag von 55,6 Mill. das tatsächliche Aufkommen für die Reichstasse? 90 Mill. Doppelcentner Rüben zu 1,60 M gerechnet geben 153 Mill. M. Die Ausbeute nahm ich als 9 zu 1 an und gleich 10 Mill. Doppelcentner. Dann nehme ich einen Inlandskonsum entgegen dem der Regierungsvorlage von 4,10 Mill. an. Es bleiben zur Ausfuhr 5,9 Mill. Doppelcentner, welche mit 18 M pro Doppelcentner bonifiziert, 106 200 000 M erfordern. Es bleiben also 46,8 Millionen, wovon 6,1 Millionen Erhebungskosten abgehen. Für die Reichstasse behalten wir daher einen Betrag von 40,7 Millionen. Wenn ich die 600 000 Doppelcentner, welche die Regierung selbst als für den Konsum heute maßgebend hält, in meine Rechnung einstelle, kommt ich überhaupt nur auf 29,9 Mill. Mitwirklichen Einkommens aus der Zuckertaxe. Auch diese Summe ist durchaus nicht sicher. Jeder Fortschritt auf dem Gebiete der Technik, der landwirtschaftlichen Kultur wird dieselbe über den Haufen. Es werden also dann noch weniger Millionen Mf. der Reichstasse zufallen, als ich ausgerechnet habe. Die Frage der Melassesteuer ist von der Regierung mit derselben Gleichgültigkeit behandelt, wie in der Enquetecommission. Glauben Sie denn nicht, daß, wenn der Melasseentzucker jetzt für längere Zeit Steuerfreiheit garantieren, Industrielle und Kapitalisten sich diesen mühseligen einzustreichenden Gewinn zu Nutze machen und somit die Melasseentzuckerung in selbstständigen Fabriken in ungeahnter Weise ausdehnen werden? Die Regierung steht in der Begründung auch eine Berechnung der Verluste auf, welche wir unter der Herrschaft des jetzigen Systems seit 10 Jahren gehabt haben. Aber die Schluszziffern sind nicht richtig, weil die Reichsregierung, die einen zweimal fünfjährigen Durchschnitt annimmt, unbedacht gelassen hat, daß das erste Lustro 1874/79 bereits nicht mehr als normal anzusehen ist. In diesem Zeitraum sind in Durchschnitt 11½ Doppelcentner Rüben zur Herstellung von einem Centner Zucker verbraucht worden, während die Grundlage des Gesetzes von 1869 12½ Centner waren. Also ist auch in diesen Jahren bereits ein Zuschlag aus den Kosten der gesamten Steuerauhäler für den Ausfall der Zuckertaxe von 8,4 Mill. erfolgt. Der richtige Punkt ist, daß der Regierung der Zuckertaxe wird die Consumfrage bleiben. Er betrug 1880—81 im Durchschnitt 7,49 Kilo. 1881—84 8,14 Kilo, 1884—85 nach meiner Rechnung 8,39 Kilo pro Kopf ohne den Strontianitzucker, mit dessen Hinzunahme (ca. 300 000 Doppelcentner) die Steigerung auf etwas über 9 Kilo pro Kopf wächst. Aber die Regierung hält hartnäckig an ihrer Consumziffer von 7,63 fest, trotz dieser auch ihr gewiß vollkommen bekannten Thatache, weil das Beispiel von 10½ Centner Rüben auf 1 Centner Zucker sonst nicht stimmen würde. Nicht einmal der Durchschnitt der letzten 5 Jahre ist für die Rechnung des Consums zulässig, weil er mit sinkenden Preisen wachsen muß, und schon deshalb bin ich ein Gegner der Vorlage, d. h. der Erhöhung der Rübensteuer, weil ich den Zuckerkonsum im Interesse unserer Industrie und Landwirtschaft vermehren, aber nicht einrechnen will. Wie steht sich nun die wirkliche Verlustrechnung? Der Inlandspreis des Zuckers fest sich aus dem Weltmarktpreis plus der Steuergütigung zusammen. Bei 9 Kilo Verbrauch pro Kopf, wie ich ihn annehme, werden 1,62 M. Steuer, bei 46 000 000 Einwohnern also 74 500 000 M. Steuer für den Zucker vom deutschen Volk erbracht. Da wir durch den Nachweis der Regierung nur einen Ertrag von 32,3 Mill. in den beiden letzten Jahren haben, so eignet sich hieraus ein jährliches Deficit von 42,3 Mill. Mark, eine unbestritten Rechnung. Bei der Materialsteuer ist eine gerechte Verteilung der Steuer nicht zu erreichen. Das beste an der Enquete ist die unverkennbare Darstellung des zweitübergliederten Commissars über die Wohlwendigkeit der Zuckertaxe. Mit der Materialsteuer ist und wird das Präma- system stets verbunden sein, dafern nicht die Steuer so erhöht und die Bonification so erniedrigt würde, daß dabei die Industrie mit bestehen kann. Es ist — und zwar in erster Linie von Hrn. Minister Lucius — auf die Thatache verwiesen, daß Frankreich von der Fabrikat- zur Materialsteuer geschritten sei. In Frankreich ist die Agitation zu Gunsten dieser Änderung ausgegangen von den Industriellen, die ihre Interessen durch die in Deutschland gezahlten Prämien bedroht sahen. Durch unsere Fehler ist Frankreich von der richtigen Zuckertaxestellung, die wir in einer absehbaren Reihe von Jahren haben werden. Was die Schädigung der Landwirtschaft durch das jetzige Gesetz betrifft, so haben sich die Landwirthe, die in diesem Haufe sitzen, genugtun davon überzeugen können. Auf sie sind die Verluste der Fabriken in Folge der niedrigen Zuckerprixe in erster Linie abgewälzt worden. Man hat so niedrige Preise für die Rüben geahnt, daß vielfach die Überzeugung entstanden ist, daß unter solchen Umständen der Rübenbau nicht mehr rentire. Eine Erhöhung der Rübensteuer verweist ich, weil sie den Consum des Zuckers vermindern wird, den ich nicht für einen Luxusartikel ansche, und weil sie die mit dieser Steuer verbundenen Ungerechtigkeiten immer weiter verschärft. Einen sofortigen Übergang zur Zuckertaxe verlange ich, nachdem die Regierung diesem Gesetz gegenüber ihre Wohlthat lang vernachlässigt hat, nicht. Ich wünsche vielmehr ein geräumig bemessenes Provisorium herzustellen, und dazu erscheint mir eine Herabsetzung der Rübensteuer auf 1,20 M. pro Kilo ein angemessener Weg. Allerdings bin ich der Meinung, daß mit der Änderung der Rübensteuer die Besteuerung der Melasse eingeführt werden muß. Die Herabsetzung der Exportbonification ist wesentlich abhängig davon, ob die Rübensteuer heruntergeleget oder eine Melassesteuer angenommen wird. Bei Annahme einer besonderen Melassesteuer würde man mit 10 Ctr. Rüben zu 1 Ctr. Zucker auskommen; erfolgt dieselbe nicht, so muß nach meiner Meinung auf 9 Ctr. Rüben zu 1 Ctr. Zucker heruntergegangen werden. Daß meine Ansichten in sachverständigen Kreisen geheiltheit werden, beweist ein Artikel der „Deutschen Zuckerverindustrie“ über das Gesetz, in dem es heißt, daß daselbe zu einer stetigen Abnahme des Einnahmen führen, die künftige Ausfuhr weiter begünstigen werde und die gesunde Entwicklung durch Vermehrung des Verbrauchs vollständig vernachlässigt. Ich meine, wir müssen bestrebt sein, daß wir jetzt ein Gesetz bekommen, das sich eine bestimmte Reihe von Jahren unbedingt als leistungsfähig beweist und so gefaßt ist, daß die Industrie gefund in ihrem Bestande und ihrer Entwicklung bleibt, daß die Landwirtschaft nicht geschädigt, daß das Präma-System beschützt wird und in Folge dessen die Einnahme der Reichstasse sich auf der Höhe hält, wie sie mit Recht aus diesem Gesetz erwartet werden kann. Die Summe, welche als notwendiger Ertrag der Zuckertaxe in der Begründung der Reichsregierung angenommen wird, 60,6 Mill., wenn ich nicht irre, erscheint mir ganz willkürlich gegeben. Ich beantrage schließlich, dieses Gesetz an eine Commission von 28 Mitgliedern zu verweisen und hoffe, daß die Arbeiten derselben dazu beitragen werden, daß von uns allen gemeinsam verfolgtes Ziel: Sicherung der deutschen Zuckerverindustrie, Wahrung der deutschen Landwirtschaft vor jeder Schädigung und Sicherung des Steuereinkommens der Reichstasse zu erreichen. (Beifall luts.)

Staatsminister Lucius: Man kann nur so folgern, wie der Vorredner, wenn man das ganze System, unter dem sich diese landwirtschaftliche Industrie entwickelt hat, von vornherein für fehlerhaft hält. Der Vorredner steht mit seinen Behauptungen im strictesten Gegensatz zur ganzen historischen Entwicklung dieses Generals. Ich sehe keinen Verfall der Landwirtschaft und der Zuckerverindustrie unterliegt nur gewissen Schwankungen, wie auch andere Industrien. Es hat sich gerade in der Zuckerverindustrie eine fortwährende Vervolkommnung vollzogen, so daß in immer geringeres Rübenquantum zur Herstellung eines Centners Zucker erforderlich geworden ist. Diese höchst erfreuliche Entwicklung der Zuckerverindustrie hat unter dem bisherigen Steuersystem stattgefunden; und der Vorredner wäre wohl berechtigt, der Regierung den Vorwurf ungenügender Motivierung der Vorlage zu machen, wenn sie jetzt, wo die Landwirtschaft gerade an einer Periode laboriert, einen völligen Systemwechsel hätte vornehmen wollen. Dies thut die Regierung aber nicht; sie geht vielmehr auf dem 1841 beschrittenen Wege weiter, der darin bestand, daß man die Rohmaterial-Besteuerung einführte, die Steuersätze alle 10 bis 15 Jahre erhöhte und die Exportbonification entsprechend regelte. Die Thatache, daß unter diesem System die Zuckerverindustrie die größte Exportindustrie geworden ist, kann doch nicht für uns niederschlagend sein; diese Thatache beweist doch nicht, daß die Regierung thöricht war, sondern das Umgekehrte ist richtig. Die Vorlage schließt sich unmittelbar an das bisherige System an, auf Grund der Ergebnisse der Enquête von 1883/84. Im Gegenseite zum Vorredner behaupte ich, daß diese Enquête gut, ja mustergültig war. In der Enquête haben sich aber alle Interessenten, mit Ausnahme von Dreizehn, für die Beibehaltung der Rohmaterialsteuer erklärt; und auch von jenen Dreizehn haben sich nur zwei unbedingt für die Fabrikatsteuer ausgesprochen, die übrigen unter Bedenken und Bedingungen. Das es schwierig ist, den richtigen Zeitpunkt für eine Steuererhöhung zu finden, und daß der jetzige Augenblick große Schwierigkeiten bietet, gebe ich bereitwillig zu; aber der Zeitpunkt, wo die von einer Steuer Betroffenen ihr bereitwillig und freudig zustimmen, wird wohl überhaupt niemals kommen. (Schr. richtig!) Die Industrie war seit langer Zeit auf die Steuererhöhung vorbereitet; besonders auch durch die Enquête von 1883/84 und durch die Vorlage von 1884, die in ihren Grundlagen bereits genau der heutigen Vorlage entsprach. Beiläufig bin ich davon überzeugt, wenn wir vor 4 Jahren die Steuer erhöht hätten, so würden heute ebenfalls unsere Gegner die Zuckertaxe der Steuererhöhung zur Last legen. (Schr. richtig!) Die Krise ist unweichselbar das Resultat der Überproduktion an Rüben, die in Deutschland momentan deshalb so bedeutend war, weil die anderen landwirtschaftlichen Betriebe nicht mehr lohnend waren. Den jetzigen Zeitpunkt aber halten wir momentan darum für geeignet zu einer Steuererhöhung, weil diese Krise nur vorübergegangen ist, und zwar dadurch vorübergegangen ist, daß man den Rübenbau bedeutend reduziert. Ich fürchte allerdings, wenn diese Reduction nicht auch ferner Platz greift, und wenn etwa diese Vorlage jetzt scheiterte, daß dann bereits im nächsten Jahre wieder die gleiche Überproduktion stattfinden könnte. Die den Vorschlägen der Regierung entgegengestehenden Vorschläge sind alle gründlich und sachgemäß in der Enquetecommission geprüft worden. Der Fabrikatsteuer steht hauptsächlich die große Schwierigkeit entgegen, daß man, was technisch wohl durchführbar sein würde, die verschiedenen Zuckerqualitäten graduell besteuern müßte. Weiter eine Melassesteuer, zweizählig einzurichten, darüber könnte man eine Preisaufgabe stellen; die größte Schwierigkeit bietet hier die Frage, was eigentlich Melasse ist. Der Vorredner sprach sodann den sogenannten Herberschen Vorschlag, wonach man die Rohsteuer nicht erhöhen, sondern herabsetzen müßte, in der Hoffnung, daß der dadurch notwendig entstehende Steuerausfall durch eine Consumvermehrung wieder eingebüßt werden würde. Eine Steigerung der Zuckerkonsumation wäre ja sehr erwünscht; nur glaube ich nicht, daß unsere Zuckerkonsumation, die verhältnismäßig nur von der englischen Industrie übertragen wird, infolge einer Steuererhöhung erheblich steigen würde. Das in England so viel Zucker verbraucht wird, liegt an der dortigen großen Tee- und Grobconsumation, sowie an der eminenten englischen Confectionfabrikation, für die allein jährlich 100 000 Tonnen oder eine Million Doppelcentner Zucker verwendet werden. Was würde bei uns eine Steuererhöhung von 25 p.C. bedeuten? Würde die damit verbundene Preisermäßigung des Zuckers um etwa 3 Pfennige pro Pfund wirklich zu einer Consumsteigerung führen? Schwerlich! Denn während in den letzten zehn Jahren der höchste Rohzuckerpreis 44 M., der niedrigste 18 M. betrug, haben selbst solche Schwankungen kein wesentliche Einfluss in Bezug auf die zukünftige Verformung des braunschweigischen Contingents. Offenbar haben die Braunschweiger den Wunsch geäußert, daß die Regierung die beliebten historischen schwarzen Uniformen beibehalten mögen; die etwaigen Mehrkosten sollten von der Lande selbst getragen werden. Nun isten diesen Wunschen in Bezug auf das zukünftige Regiment keine Bedenken entgegen, doch ist es unzweckmäßig Farbe des Infanterie-Regiments auf die deutsche Reichsgeige verleihen. Dies aber ist der Hintergrund der Sache anbetreffend, so stammte nur die Schützencompagnie aus jener Zeit des berühmten Regiments von Braunschweig; zwei Battalions haben bis zu den 30er Jahren sogar rote Kragen an ihren Uniformen getragen. Durch diese Umstände wird natürlich die Rückicht auf eine berühmte Vergangenheit etwas abgeschwächt.

Wenn die Überbefiedelung des braunschweigischen Infanterie-Regiments Nr. 92 von Mez nach Braunschweig mit den Conventionsverhandlungen in Verbindung gebracht wird, so ist das völlig verfehlt, da bekanntlich die Dislocation innerhalb des deutschen Reichs lediglich Sache des obersten Kriegsherrn ist. Dieser Verlegung steht sachlich übertrieben so weniger im Wege, als Braunschweig der Ort der Mobilisierung ist und das Regiment sich dort mitten in seinem Augustinationsbezirk befinden würde, während bisher im Falle einer Mobilisierung die sämmlichen Complettirungen von der Heimat des Regiments aus nach Mez hätten nachgeschickt werden müssen. Man glaubt, daß etwa 1. Oktober die Überbefiedelung des Regiments stattfinden würde.

* [Tschechische Gedanken.] In weiten Kreisen dürfen einige Neuheiten Interesse beanspruchen, welche dieser Tage der tschechisch-feudale Großarmeebeiter Baron Radherny in einer Commission des böhmischen Landtages gethan hat. Baron Radherny ist zwar ein mittelmäßiger Kopf, aber er wird neuwestens als Sprachrohr von der grobentheils aus sprechfaulen Mitgliedern bestehenden Partei benutzt, und er verkehrt in Wien in jenen aristokratischen Kreisen, welche alle Hebel ansetzen, um mit Hilfe der Tschechen und der Geistlichkeit die alte Feudalherrschaft in Österreich wieder zu etablieren. Unter solchen Umständen ist es gewiß recht charakteristisch, daß Baron Radherny, auf das hohe Alter des deutschen Kaisers und die nebst Jahr Bismarck anspielend, das Diktum von sich gab, daß die Politik eines mächtigen Nachbarstaates in den Händen von zwei Greisen ruhe, nach deren Tode ein starkes Bollwerk für Österreichs Macht und Bestand an der Grenze unabköhllich notwendig sein dürfe. Diese Erklärung paßt vorzüglich zu jener des auftrüdlichsten Eschenblattes, welches verkündete, die Gründung des deutschen Reiches müsse mit der Gründung eines tschechischen Reiches der Wenzelskrone beantwortet werden. In dem österreichischen Ministerium des Außenwesens wird man, schreibt man der „Nat.-Ztg.“, schon lange durch die makellose slavophile Politik Taaffes in Verlegenheit geetzt. In den Delegationen zeigte es sich, daß jene Mächte, welche ein ehrliches Bündnis mit dem deutschen Reiche wollen, nur in der deutschen Opposition gegen die innere Politik eine verlässliche Stütze haben. Die neuesten Neuheiten Radhernys stellen den Gegensatz zwischen der Regierungspartei des Ministeriums Taaffe-Pazak und der bisherigen auswärtigen Politik Österreich-Ungarns in das grellste Licht.

* [Die Budgetcomission] des Reichstags genehmigte in ihrer gestrigen Sitzung den Etat der Reichsdruckerei in den ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben, darunter die Mittel zur Ertragsförderung eines Grundstücks in der Alten Jacobstraße zum Bebau der Erweiterung der Druckerei.

* [Die Commission für den Nordostseecanal] entwurfen, der „Frei. Z.“ zufolge, gewählt aus der freisinnigen Partei die Abge. Brömel, Dr. Hanel, Lorenzen, Thomsen, Stiller, aus andern Parteien die Abge. Freiherr v. Dalwigk-Lichtenfels, Graf. Graf v. Hompesch, v. Schalda, Timmermann, Tritzen (Centrum), Graf v. Holstein, Freiherr v. Hammerstein, und Graf zu Stolberg-

Brügerode, Graf v. Schlieffen, v. Massow, Dr. Kalmz (Conservative), Hasenklever (Social-Demokrat), Frantz, Dr. Hammacher, Woermann (Nationalliberal).

[Eine eigenhümliche Bestrafung.] Auf eine eigenhümliche Weise sind in Magdeburg ein Bak und seine Tochter gestraft worden. Dasselbe ist ähnlich die Tochter des Ingenieurs Born, weil der Vater sie nicht impfen lassen wollte, auf Grund eines Ministerialscripts vom 31. Oktober 1871, „im Interesse der Gesundheitspflege“ aus der höheren Töchterschule ausgewiesen und der Volksschule zugewiesen worden. Die Magdeburger Schulverwaltung ging in Gemäßheit jene Ministerialscripts von der Annahme aus, daß sie gegenüber dem bestehenden Schulzwange ein wohl vom Unterrichte in einer höheren Töchterschule, nicht aber von der Volksschule ausschließen könne. Der Vater des Kindes will sich darüber in einer Petition an das Abgeordnetenhaus beschweren. Besonders merkwürdig bleibt immer bei jedem Fall der Unstand, daß für die höhere Töchterschule ein Mädchen gesundheitsgefährlich wirkt, soll, das in der Volksschule ungesundlich zu sein scheint.

[Ledochowski's Nachfolger.] Zu der Mittheilung der „Kreuzzeitung“, der künftige Nachfolger des Cardinals Ledochowski auf dem erzbischöflichen Stuhl soll ein polnischer Priester sein, welcher in Schlesien amtirt, bemerkt der „Kur. Pozn.“:

Es befindet sich in Schlesien drei solcher Geistlichen aus dem Großherzogthum: Biela, Dutkiewicz und Jurka. Wir schließen uns der Ansicht der „Germania“ an, daß alle drei Nachrichten mit großer Reserve aufzunehmen sind. Wir glauben, daß diese Gerüchte, von denen wir eine Zeit lang frei waren, ihre Quelle in der günstigen Erfüllung der Vermittlung zwischen Spanien und Deutschland haben; wir bezweifeln jedoch, daß die Thatache der Erdigung der Gniezen-Polen Angelegenheit sch. erfolgt ist. In die Personenfrage können wir natürlich um so weniger eingehen, da wir die Erwähnung der „Kreuzzeitung“ für eine reine Vermuthung, die auf früheren Gerüchten basirt, erachten. Von anderer Seite erfahren wir, daß sich unter den Candidaten auf welche Weise der Gotthardbahnhof beantragt eine einheitliche Bezeichnung der Nachzettel auf den Fahrsplänen.

Dresden, 12. Januar. Die zweite Kammer genehmigte den Ankauf von drei nothleidenden Freiberger Erzgruben für insgesamt 2 376 000 M. und bewilligte 100 000 M. als Betriebs-Kapital und 460 000 M. zu nothwendigen Herstellungen in den Gruben.

Stuttgart, 12. Januar. Der „Staatsanzeiger für Württemberg“ meldet die (sich telegraphisch mitgetheilte) Verlobung des präsumtiven Thronfolgers Prinzen Wilhelm mit der Prinzessin Charlotte von Schaumburg-Lippe und fügt hinzu, der König sei durch diese Verbindung von innigster Freude erfüllt, welche im ganzen Lande den lebhaften Wiederhall finde, der König hoffe zuversichtlich, daß der Entschluß des Prinzen zum Wohle des Landes gereiche.

Dies Ereignis ist bedeutungsvoll für die Thronfolge in Württemberg. Prinz Wilhelm von Württemberg war in erster Ehe mit der Prinzessin Marie von Waldeck und Pyrmont verheirathet und seit dem 30. April 1882 Wittwer; der Ehe entstammte nur eine Tochter, die achtjährige Prinzessin Pauline, die nach dem Württembergischen Gesetze nicht erberechtigt ist. Durch die Wiedervermählung des Prinzen Wilhelm ist aufs Neue die Aussicht gegeben, daß die württembergische Krone bei der protestantischen Hauptlinie des Königshauses verbleibt, während man, gegenüber der bisherigen Begehrung des Prinzen Wilhelm, sich wieder zu vermählen sich in Württemberg bereits mit dem Gedanken vertraut gemacht hatte, daß nach dem vereinstlichen Überleben des Prinzen Wilhelm die durch den Herzog Philipp, den Schwiegerohn des Erzherzogs Albrecht von Österreich, vertretene katholische Seitenlinie des württembergischen Königshauses zur Thronfolge berufen werden würde. Man erinnert sich, bemerkt das „Verl. Tagebl.“, daß im Hinblick auf diese Eventualität Herzog Philipp vor einiger Zeit seinen ältesten Sohn, den zwanzigjährigen Herzog Albrecht, auf die Universität Tübingen schickte und daß Erzherzog Albrecht daraus Veranlassung nahm, dem Körps von Württemberg, gelegentlich eines Besuches in Stuttgart, in demonstrativer Weise für die Aufnahme seines Entsch. verhältnis zu danken. Die in der Mehrheit protestantische Bevölkerung Württembergs wird die bevorstehende Wiedervermählung des außerordentlich beliebten Prinzen Wilhelm mit Jubel begrüßen.

* [Die braunschweigische Militärconvention.] Wi die „Kur. Ztg.“ vermitteilt, sind die Ursachen der Beendigung des Abschlusses durchweg untergeordnet Natur, ohne Einfluß auf das Zustandekommen der Convention. Dieelben beziehen sich nur auf eine Rückfrage in Bezug auf die zukünftige Verformung des braunschweigischen Contingents. Offenbar haben die Braunschweiger den Wunsch geäußert, daß die Regierung die beliebten historischen schwarzen Uniformen beibehalten mögen; die etwaigen Mehrkosten sollten von der Lande selbst getragen werden. Nun isten diesen Wunschen in Bezug auf das zukünftige Regiment keine Bedenken entgegen, doch ist es unzweckmäßig Farbe des Infanterie-Regiments auf die deutsche Reichsgeige verleihen. Dies aber ist der Hintergrund der Sache anbetreffend, so stammte nur die Schützencompagnie aus jener Zeit des berühmten Regiments von Braunschweig; zwei Battalions haben bis zu den 30er Jahren sogar rote Kragen an ihren Uniformen getragen. Durch diese Umstände wird natürlich die Rückicht auf eine berühmte Vergangenheit etwas abgeschwächt.

Paris, 11. Januar. Das officielle Organ „Le Télégraphe“ veröffentlicht einen heftigen Dröhdarsteller gegen den Prinzen Bonaparte und erklärt die Geduld der Republik bald für erschöpft.

Paris, 12. Januar. Dem „Tempo“ zufolge wird Paul Bert als französischer Ministerresident für Annam und Tongking nach Huc gehen.

Dasselbe Blatt schreibt, bevor eine Entscheidung darüber getroffen werden könne, ob die für 1889 in Aussicht genommene Ausstellung eine Weltausstellung sein solle, sei es nothwendig zu wissen, ob die auswärtigen Regierungen an einer solchen sich beteiligen würden. Die Vertreter Frankreichs im Auslande ständen im Begriff, die Regierungen, bei denen sie beglaubigt sind, darüber zu befragen.

Der Admiral du Petit-Thouars wird, wie es heißt, die Leitung des Torpedowesens nicht übernehmen.

England.

London, 12. Januar. Jackson, Mitglied des Unterhauses für North Leeds, ist an Stelle Ridley's zum Finanzsecretär beim Schatzamt ernannt worden.

(W. T.)

Bon der Marine.

* Einem Privat-Telegramm der „Nat.-Ztg.“ aus Kiel zufolge ist das unter dem Commando des Contre-Admiral Knorr stehende, aus den Kreuzer-Fregatten „Bismarck“, „Gneisenau“ und der Kreuzer-Corvette „Olga“ bestehende Geschwader nach Australien beordert worden. Der Abgang des Geschwaders von Zanzibar ist bereits telegraphisch gemeldet worden. Der Vollständigkeit halber registrieren wir auch das gleichzeitig der „Nat.-Ztg.“ aus London telegraphisch gemeldete Gerücht nach welchem der Abgang des Geschwaders von Zanzibar mit dem angeblichen Conflict auf Samoa in Verbindung stehen und das Geschwader auf diesem Orte haben soll, dort anzulaufen. Ob dieses Gerücht Anspruch auf Wahrscheinlichkeit hat oder nicht, läßt sich nach dem noch sehr reservirt gehaltenen offiziellen Dementi, welches wir in letzter Nummer nach telegraphischer Meldung mitteilten, noch nicht beurtheilen. Es wird jedenfalls erst eine weitere Klärung der Sachlage abzuwarten sein.

Danzig, 13. Januar.

Abends in Zoppot, Zug 147 um 9 Uhr Abends in Danzig an.

[Gastspiel der Frau Lang-Rathen.] Es wird viele unserer Leser die Mittheilung interessieren, daß Frau Director Lang-Rathen in München nach längerer Pause in ihrer Bühnenhälfte fröhlich wieder ein glänzendes Gastspiel absolviert hat, und zwar am Hoftheater zu Altenburg, dessen Direction bekanntlich der den Danziger ebenfalls noch in gutem Andenken stehende ehemalige Baritonist unserer Oper, Herr Glomme, führt. Frau Lang-Rathen trat dort an drei Abenden in "The Seafarer", "Milchmädchen von Schönenberg" u. a. auf und hat, wie sowohl aus den Berichten der dortigen Blätter als auch aus Privatberichten hervorgeht, förmliche Triumphe gefeiert. Einem dieser Privatberichte entnehmen wir folgende Stelle: "Unverändert in gewohnter Frische sprudelte ihr Humor; ihr Blau, ihre Drolerie blühten wie immer, ihre hübsche Stimme war ausgiebiger und flingender wie je, ihre Ercheinung förmlich mit dem Reiz unvergänglicher Jugend ausgestattet zu sein." Bielscher stürmischer Beifall, eine endlose Zahl von Hervorrufen registrierten auch die Altenburger Blätter nach jedem Auftreten der liebenswürdigen Künstlerin. — Wir sind überzeugt, daß diese Zeilen bei sehr vielen Danzigerinnen den lebhaften Wunscherwerben werden, auch auf unserer Bühne, wo sie einst die Schöpferin so vieler Stücke war, wieder einmal Lang-Rathen als Gast begrüßen zu können. In diesem Winter ist dann freilich eine Aussicht nicht vorhanden, doch ist uns aus Mitteilungen eines Witbürgers, der auf einer Reise das Langsche Thepaar im letzten Herbst in München besuchte, bekannt geworden, daß Frau Lang schon durch die lebhaften Thunyathie, welche sie unserer Stadt bewahrt, für ein Gatzspiel in Danzig zu gewinnen sein würde, wenn Zeit und Verhältnisse ihr dasselbe gestatten, was für diesen Winter nicht der Fall ist. Bielscher geht aber im nächsten Winter dieser Lieblingswunsch vieler hiesiger Theatertreunde in Erfüllung.

[Für das Fritz Reuter-Denkmal] hat nun auch der hiesige plattdeutsche Verein "Dml.-Cub." eine Sammelstelle, und zwar bei der Firma Giese u. Krämerfeld erichtet.

[Militärisches.] Nach der soeben erschienenen "Rang- und Quartiersliste" pro 1886 zählt die preußische Armee gegenwärtig an höheren Offizieren 51 Generale, 88 Generalleutnants, 118 Generalmajors, 262 Obersten, 292 Oberstleutnants, 1105 Majors. Die Zahl der Feldmarschälle hat sich auf 2 (der Kronprinz und Graf Molte) vermehrt, nachdem im letzten Jahre Prinz Friedrich Karl und v. Manteuffel aus dem Rang der Feldmarschälle stehende Generaloberst Prinz August von Württemberg gefordert sind.

[Personen beim Militär.] Der Lazareth-Inspecteur Kunke ist von Danzig nach Königsberg, der Lazareth-Inspecteur Strube von Königsberg nach Danzig, der Ober-Lazareth-Inspector Körn von Königsberg nach Thorn, der Ober-Lazareth-Inspector Goldstein von Thorn nach Minden versetzt worden.

[Reichsgerichts-Entscheidung.] Bei der Uebertragung eines Geschäfts mit allen Activen, bestehend aus Immobilien, Mobilien und Forderungen, sowie mit allen Passiven für einen bestimmten Gesamtaufpreis, ohne besondere Angabe des Wertes der Mobilien und Forderungen, an einen Anderen resp. an eine Actiengesellschaft (unter Zahlung des Kaufpreises in Bar oder in Aktien) ist nach einem Urteil des Reichsgerichts vom 19. November d. J. der Immobilienkauf-Steuer-Stampel von 1 Prozent nicht nur von dem stipulierten Gesamtaufpreise, sondern auch von der dazu zu rechnenden Summe der Pausiva, deren Erfüllung der Käufer mit übernommen hat, zu entrichten.

[Schwurgericht.] Von den drei Meineidssachen, welche in der gegenwärtigen Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung aufsteben, gelangte die erste heute zur Aburtheilung. Dieselbe ist gerichtet gegen den 60jährigen Schmiedemeister Johann Dulski aus Schäßburg. Die Sache stand bereits in der letzten Schwurgerichtsperiode zur Verhandlung an und war haben in Nr. 15 566 vom 27. Nov. pr. darüber Mittheilung gemacht. Damals mußte sie wegen Behrens einer Beugung und weil keine Entlastungsbeweise beantragt wurden, verboten werden. Wie recapitulirten deshalb nur für den Thatbestand der Anklage. Eine Frau Sommerfeld in Schäßburg zog einen Frau Brobel eine Drehmangel vor den Preis von 150 M. herauf. Nach dem Bericht sollte man veranschlagen, daß die Mangel unbrauchbar sei, weshalb die Brobel von der Sommerfeld die Rücknahme der Mangel und die Rückzahlung des Kaufpreises verlangte. Da die Frau Sommerfeld sich dessen weigerte, kam es zum Bruch und in dem am 10. Dezember 1884 abgehaltenen Termin befandete der als Zeuge vernommene Dulski eidlich, daß er vor dem Verkauf schon oft die Mangel bei der Frau Sommerfeld habe reparieren müssen, doch hätten diese Reparaturen nichts geholfen, da das Eisenwerk der Mangel vollständig abgenutzt gewesen sei, weshalb die Mangel auch bereits längere Zeit nicht mehr habe benutzt werden können. Die Mangel sei nur durch eine größere Reparatur brauchbar zu machen, gewesen, die etwa 30 M. kostet haben würde. Dieses Geld habe die Frau S. nicht darauf verwendet wollen und deshalb habe sie die Mangel verkauft. Diese Angaben des Dulski stellten nach der Anklage wissenschaftlich falsch abgegeben sein, und zwar aus Feindschaft des Dulski gegen die Frau Sommerfeld, weil diese in einer Strafsache gegen die Frau Dulski wegen Heblerei als Zeugin bestanden. Allein die Kosten für Anhaftung von Wasserweisen (bei obligatorischer Einführung derfelben) würden 200000 Mark, nicht 20000 M. betragen.

[Berichte Entwickebung.] Mit dem sogenannten "Grünen Wagen" wurden gestern Nachmittag 12 Personen aus dem Ankerschmiedehof nach dem Criminalgefängnis auf Neugarten transporiert, darunter der bereits 11 Mal mit Gefängnis und Sachbahn bestrafte Arbeiter Johannes Schärke, alias Kornath. Unterwegs bewies sich derselbe äußerst reinstant, brach aus seiner Wagenzelle aus, verzichlig mit der Faust mehrere Fensterscheiben in dem Wagen und versuchte mittels Drückbrechens der Decke des Wagens zu entkommen. Das gelang dem S. jedoch nicht, da inzwischen der Wagen auf dem Stadthof angelangt war und hier von einem Feuerwehrmann Hilfe geleistet wurde. Ohne weiteren Zwischenfall wurden dann sowohl der tumultant wie die übrigen Insassen des Wagens in das Gefängnis abgeliefert.

[Polizeibericht vom 13. Januar.] Verhaftet: eine Witwe, 1 Mädchen wegen Diebstahls, 1 Knabe wegen Hansfriedensbruchs, 1 Schmiedegesell wegen Sachbeschädigung, 3 Dörnen wegen groben Unfugs, 30 Überholze, 2 Bettler, 1 Betrunken, 4 Dörnen. — Gestohlen: ein Paar Gamashen, 4 Kartätsche, 1 Kartätschel, 1 Markt, 18 Paar Dassen, 1 Sackhund, 1 Theefanne, 1 Zuckerdose, 1 Spülsehale, 1 Holzsäckel, 30 Desfettster von geschliffenem Glas, 1 überne Rennontouru. — Gefunden: 1 Schachtel mit Briefbogen und Couverts nebst einer Rolle Briefbogen, in der Kleidergarde ein Federportemonnaie mit Inhalt, auf dem Holzmarke ein Portemonnaie mit Inhalt, auf Poggenschuh 1 weißes Taschenbuch, auf der Mittkammengasse 1 Haushaltsschlüssel, auf der Hindergasse 1 Kellerschlüssel, in einem Restaurant der Heil. Geißgasse eine Mütze und ein weißes Taschenbuch, in Jäschenthal eine schwarze Schürze; abzuholen von der tgl. Polizei-Direction. Auf der Langgasse eine Bernsteinkette; abzuholen von dem Arbeiter Friedrich Klasse, Langenmarkt 40 im Keller.

A. Stutthof, 12. Januar. Heute Morgens 4½ Uhr brach in den Wirtschaftsgebäuden des Stutthofs ein Feuer aus, welches in kurzer Zeit sämtliche Wirtschafts-, sowie das Wohngebäude und sonstiges Lebende Inventar ist verbrannt. Aus dem Wohnhaus wurde nur einiges Mobiliar gerettet. Über die Entstehungsursache des Feuers ist Näheres bis dahin nicht bekannt.

[Aus dem Kreise Marienburg, 12. Januar.] Geschäftslute durfte die Mittheilung interessieren, daß endlich wieder bei Schöneberg der Weichseltraject per Spitzrahm eröffnet ist. Zur Zeit ist dies der

einzige Traject auf der Strecke von Dirschau bis zur Mündung. — Gestern vollzog Herr Superintendent Kähler-Meuteich die Einführung des für die evangelischen Kirchen zu Neukirch und Prangen gewählten Geistlichen, Herrn Zimmer. — Im Monat Mai d. J. feiert Herr Pfarrer Fabricius-Barenhof sein 50jähriges Dienstjubiläum. Herr F. wirkte in seiner Parochie bereits 37 Jahre; dem Vermehren nach will derselbe aus Gehindheitstrüstkeiten demnächst seine Pensionierung beantragen.

-w- Aus dem Kreise Stuhm, 12. Januar. Am 28. d. M. feiern die Schneidermeister Janig und Marianna Maria'schen Elemente zu Pestlin ihre goldene Hochzeit. — Während der Abwesenheit des Herrn Landrat Bessel zur Theilnahme an den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses wird der Kreis-Deputirte, Dr. Rittergutsbesitzer Plehn-Krausenbude vom 14. d. M. ab die Verwaltung des Landratsamtes und des Kreis-Ausschusses vertretungsweise übernehmen. — Seit Sonntag Abend haben wir in Folge sterben Schneefalls allerorts im Kreise die vorläufigste Schlittbahn und es ist dadurch der wegen Unpassierbarkeit der Landstraßen sehr ins Stöcken gerathene geschäftliche Verkehr wieder hergestellt. — Gestern gegen 10 Uhr Abends bemerkten wir in südlicher Richtung einen anhaltenden Feuersee, welcher einen größeren Brand in der Marienwerderer Niederung vermuten läßt.

* Über den Saatenstand im Reg. Bz. Göslin berichtet heute nach amtlichen Melddungen der "Statthalter": Wenn auch der im Vorjahr reichlich gefallene Regen die rechtzeitige Vorbereitung des Bodens zur Aufnahme der Winterlaaten erheblich erschwert hat, sind letztere dennoch unter der Wirkung einzelner günstiger Witterungsepoden fast durchweg gut bestellt und lassen einen guten Ertrag erhoffen.

Böhm, 12. Jan. Der "Germania" aufgezogen ist der Amtsrichter, welcher bei der Feier des Regierungszublaus den bekannten Auftritt mit dem Pfarrer Bösel gehabt haben soll, bereits um seine Verleihung eingekommen.

Könitz, 12. Jan. Bei der am 11. Januar stattgefundenen Erstwahl wurde Herr Bahnhofsinspekteur Höfleiter Böldner, der Kandidat der gemäßigten Partei, mit 158 gegen 105 Stimmen von der dritten Abtheilung zum Stadtverordneten gewählt. Sein Gegner war der von der "Partei Gebauer" aufgestellte Schneidermeister Lenz. Das Resultat auch dieser Wahl ist insofern von Bedeutung, als es den Grabmetter dafür bildet, welchen Einfluß der bekannte Agitator noch in der hiesigen Bevölkerung besteht. Die conservativ-antisemitische "Neue Konitzer Zeitung" hat kürzlich, indem sie hoch angesehene Männer unserer Stadt in befannter Weise verunglimpft, der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß die Aera der "Bergpartei" an Ende zu sein scheine. Wir glauben das freilich nicht. Die Standhaftigkeit und Freude an allem möglichen Kätzchen, sowie die Furcht vor Angriffen wird ihr eine noch immer bedeutende Zahl von Anhängern erhalten. In der Stadtverordneten-Versammlung jedoch wird sie, wie die letzten Abstimmungen ergeben haben, sicher nur auf 4 Stimmen rechnen können; eine fünfte wird ihr nicht unbedingt aufallen und 19 werden ihr bestimmt entgegenstehen und sich von sachlichen Erwagungen, nicht von Parteileidenschaft leiten lassen.

Thorn, 12. Jan. Die hiesige Handelskammer hat Herrn Commerzrat Adolf zum Vorstehenden, Herrn Stadtrath Kettler zu dessen Stellvertreter wiedergewählt. Zur Währungsfrage wurde folgende Resolution beschlossen: "Die Handelskammer spricht sich einstimmig für die Goldwährung aus und erläbt in einer Änderung der selben durch bimetallistische Tendenzen eine tiefe Schädigung der finanziellen und wirtschaftlichen Grundlagen des Reiches." — Der Reichstag abgeordnete v. Scanzetti wird von dieser Resolution in Kenntnis gelegt und befragt werden, welche Stellung er zu dieser Frage einnimmt und ob er im Sinne der Handelskammer zu wirken geneigt ist. — Angestrebt wird in unserm Ort die Errichtung von Telephonleitung. Die Handelskammer wird zunächst die Zahl der Interessenten zu ermitteln suchen.

* Den Musikkneifer Berger zu Tilsit (beim dortigen Dragoner-Regiment) ist der Charakter als königl. Musik-Dirigent verliehen worden.

Görlitz, 10. Jan. Vor etwa acht Tagen ging der Schmuggler K. aus Wirkallen mit einem Träger Spiritus nach Südwärts mit noch sechs Freunden nach Willmsdorf. K. war, was bei ihm durchaus nicht zur Seltenheit gehörte, in angrenzendem Bistande und musste unterwegs mit seinen Compagnen in Sreet gerechnet sein. dabei bei Altwitten, unweit Wirkallen, fand man ihn tot liegen. Den Träger (2 Bleakannen Spiritus) hatten ihm die Freunde abgenommen, rückt nach Willmsdorff abgeführt und den Grabsel des M. der Mutter des K. gebracht. Diese rechenschaftete natürlich sofort nach ihrem Sohn und fand ihn leider tot an der bezeichneten Stelle liegen. Die gerichtliche Commission, welche sich an den Thatort begeben und die Section der Leiche, welche, da sie mehrere Tage auf freiem Felde lag, eingefahren war, vorgenommen hatte, konstatierte, daß K. erwürgt worden sei. (K. Allg. 3.)

Literarisches.

3 Russische Geschichte in Biographien von Kosmolow (Franz Dunder, Leipzig). Das russische Werk hat seit seiner zweite Auflage erlebt, ehe es in deutscher Übersetzung von W. Hennels, erschienen ist. Aus den beiden Heften, die uns bis jetzt vorliegen, läßt sich ersehen, daß der Verfasser seine Aufgabe mit Talent und Geschick löst. Er beherrscht den Stoff in seinem ganzen Umfange und ist objectiv. Gerade diejenigen historischen Personen, die in der Frühzeit des XII. und XIII. Jahrhunderts auf dem Boden stehen, den wir heute als russische Reich nennen, zu zeichnen und charakteristisch darzustellen, das möchte zu der schwierigsten Aufgabe geschichtlicher Gestaltung gehören. Dem Verfasser gelingt sie. Sehr glücklich ist der Gedanke, die geschichtlichen Vorgänge in der Form von Biographien zu schildern gerade diesem Stoffe gegenüber, denn hier bedeutet der einzelne Mensch die ganze Geschichte, deren Träger er ist. Bis jetzt sind die Biographien der Großen bis auf die Zeit Jagello, 15 Jahrhundert, geführt.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 12. Jan. Der Buchhalter der Tatterfall-Gesellschaft wurde heute zur Haft gebracht. Es wird ihm zur Last gelegt, Unterschlagungen in Höhe von 40 000 M. begangen zu haben, zu deren Verdeckung er falsche Eintragungen in die Bücher gemacht hat.

* [Geflügelte Gerüchte.] Im Begriffe sich nach Amerika einzuschiffen, um eine Concert-Tournee in den Vereinigten Staaten zu unternehmen, ist in Paris schwer erkannt und mußte dort in der Behandlung des Professors Clarcot, des berühmten Spezialisten für Nervenkrankheiten, aufzuklären.

* [Großartige Ausgrabungen] werden von russischer Seite in Jerusalem vorgenommen. Es gelang unter Anderem das Thor von Golgotha freizulegen.

* [Ein Wolf ausgebrochen.] In großer Aufregung befinden sich die Bewohner von Lubben an und Umgegend am Sonnabend, den 9. d. M. In dem Nachbarorte Lübben war, wie die "Freie Zeitung" meldet, am Freitag Abend aus einer Menagerie ein Wolf ausgebrochen, dem es gelang, den Wald zwischen Lubben und Lubbenau zu erreichen. Trotz der größten Anstrengungen des Gendarms, sowie mehrerer Förster ist es nicht möglich gewesen, das Thier aufzutreiben, das gegenwärtig den Spreewald unsicher macht.

* [1100 M. die Minute.] Das jährliche Einkommen des verstorbenen amerikanischen Eisenbahnpioniers Banderits bezifferte sich auf 2 372 000 Doll. von Regierungsbonds, 739 000 Doll. von Eisenbahnpapieren, 580 000 Doll. von andern Wertpapieren — im Ganzen über 10 000 000 Doll. oder 28 000 Doll. per Tag, 1200 Doll. per Minute und das sind annähernd 100 M. pro Minute.

Hörrem, 10. Januar. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend wurde der gräßliche Tripp'sche Förster von einem Wilderer Namens Abel aus Götzendorf durch einen Schrotshuß (Nr. III.) lebensgefährlich verwundet. Dem pflichttreuen Beamten drangen 38 Schrotflöne in den Leib, davon drei in die

Pulpa. Als der Förster in den Schnee sank, hatte er noch so viel Geistesgegenwart, einen Schuß nach dem fließenden Mörder abzugeben, der diesen mit zehn Schrotkörnern in den Rücken traf. Durch diese Verwundung wurde es möglich, den Abels noch in der Nacht festzunehmen. Er ist bereits nach Köln ins Gefängnis abgeführt.

London, 10. Januar. Gestern versamten beim Schlittschulaufen im Regents-Park ungefähr hundert Personen durch einen Eisbruch im Wasser, kamen aber mit dem Verlust ihrer Hüte und einer Erfrüfung davon, denn das Wasser war mit Rückstof auf einen ähnlichen Unfall vor mehreren Jahren, bei welchem vierzig Menschen ums Leben kamen, vorher abgelaufen waren.

Börsen - Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, den 13. Januar.

Ors v. 12. Ors v. 12.

			Ors v. 12.
Weizen, gelb	4% rus. Anl. 80	82,90	82,70
April-Mai	152,50	153,00	215,00
Juni-Juli	157,90	158,20	246,00
Zogen	do	do	490,50
April-Mai	132,70	133,00	200,00
Mai-Juni	133,50	133,70	151,40
Petroleumpr.	200 g	do	160,75
Januar	24,00	23,50	200,60
Bübl	do	do	200,40
April-Mai	43,20	43,40	20,40
Mai-Juni	43,40	43,70	20,29
Spiritus	do	do	—
Jan.-Febr.	38,60	38,70	SW.-B. g. A.
April-Mai	39,60	39,80	Danz. Privat-
do	104,60	104,50	bank
Zogen	97,25	97,10	Danziger Oel-
do	100,50	100,40	mühle
Russ. G.-R.	93,20	93,10	do. St.-A.
Ung. 4% Gldr	81,40	81,20	Opst. Süd.
II. Kredit	61,50	61,69	Stamm.-A.

Nomista Russen 97,70. Danziger Stadtanleihe 102,25.

Fondsbörse: fest, still.

Newyork, 12. Januar. Der "Standard" auf London 4,85 1/2, Russ. Weizen loco 0,90 per Januar —, per Februar 0,90 1/2, per März 0,92. Weiß loco 3,40. Mais 0,50%. Kaffee 2%, d. Buder (Farr refining Muscovado) 5,35.

Newyork, 12. Jan. Visible Supply an Weizen 58 000 000 Bushel.

Danziger Börse.

Amtliche Notizzungen am 13. Januar.

Weizen loco matter, per Tonnen von 1000 Kilogr.

festlags u. weiß 126—133 138—155 M. Br.

heißbunt 128—138 138—155 M. Br.

hellbunt 120—129 124—143 M. Br. 92—154

bunt 120—130 120—146 M. Br. M. bez.

rot 105—128 95—130 M. Br.

Durch die Geburt eines Sohnes
wurden erfreut
Hermann Van und Frau.
Danzig, den 13. Januar 1886.

Die Geburt eines muntern Töchters zeigen ergebenst an
Marienwerd, d. 12. Januar 1886.
Max Pfahl und Frau
Olga geb. Kauffmann.

Heute Abend 9½ Uhr ver-
schied plötzlich am Gehirnschlag
mein ungünstig geliebster Mann,
unser lieurer Vater und
Schwiegervater der Bäcker-
meister
Carl Christian Seltmann
im 68. Lebensjahr. Solches
zeigen tief betrübt an
Die hinterbliebenen.
Danzig, den 12. Januar 1886.

Bekanntmachung.
Wir haben beschlossen aus der Fach-
kommission III. für den Warenhandel
die Zuckerbranche auszuscheiden und
für diese eine besondere
Fachkommission VI. für den
Zuckerhandel
zu bilden.

Beauftragt der Wahl dieser neuen
Fachkommission ersuchen wir die der
Zuckerbranche angehörigen Corporations-Mitglieder, sich möglichst bald
und spätestens bis zum 20. d. Ms.
auf unserem Amtszimmer für die
Wahlzeit anzumelden.

Danzig, den 13. Januar 1886.
Das Vorsteher-Amt der
Kaufmannschaft.

Damme. (5729)

Bekanntmachung.
Vom 1. Februar d. J. ab werden
auf der Strecke Danzig—Boppot die
Lokalzüge Nr. 146 (aus Danzig 4 Uhr
40 Min. Nachm.) und 147 (aus Boppot
7 Uhr 30 Min. Nachm.) um 1 Stde.
später abgelassen werden.

Zug 146. Zug 147.
Danzig Abf. 7.40 Boppot Abf. 8.30
Langfuhr „ 7.52 Oliva „ 8.42
Oliva „ 8.3 Langfuhr „ 8.51
Boppot Abf. 8.10 Danzig Abf. 9.0
Bromberg, d. 9. Januar 1886.
Königliche Eisenbahn-Direction.

**Augen-
Nasen-
Ohren-
Alinif**
Langgasse 78. Sprechbüro von
9—3 Uhr. Dr. Ziem.

**Unterricht in den
modernen Sprachen,**
Privat- und Nachhilfekunden für
Schüler der höheren Lehranstalten.
Sprechstunden 2—3 Uhr Nachm.
Dr. phil. A. Rosenthal.
2. Damme 5 I. (4517)

In der Vorbereitungsschule für See-
Dampfschiffs-Maschinisten und
Maschinisten-Applikanten der Kaiserl.
Marine werden jederzeit Prüfungen
aufgenommen. (5683)

Theodor Herter,
Petershagen, Breitgasse Nr. 4.

Buchführungs-Unterricht
ertheilt E. Kitzkowski,
5715 Hundegasse 76.
gerichtlich vereidigter Revisor.

Einfache und italien. Buchführung,
Rechnen und Korrespondenz lehrt
mündlich und brieflich (5724)

H. Hertell, Fraueng. 48 II.

**Deutsche
Hypothekenbank**
(Aktien-Gesellschaft)

in Berlin,
gewährt ländliche und unfindbare
hypothekarische Darlehen auf ländlichen
u. städtischen Grundbesitz unter
den konstanten Bedingungen.

Anträge werden entgegengenommen
und Auskunft ertheilt durch

Die General-Agentur
von (5606)

Rudolph Lickfett,
Danzig, Burgstraße 7.

**Zopoter Kinder-Heil-
stätten-Lotterie**, Ziehung
20. Januar 1886. Lose a. M. 1.
Loose der **Kölner Dombau-
Lotterie** a. M. 350.

Loose der **Marienburger Geld-
Lotterie** a. M. 3 (5687)

Loose der **Ulmer Münsterbau-
Lotterie** a. M. 350 bei

Th. Berling, Gerbergasse 2.

**Hotel
Deutsches Haus,**
Danzig,

Holzmarkt Nr. 12,
empfiehlt seine gut eingerichteten
Fremdzimmer mit A. 150 an,
sowie seine Restaurants-Räumlich-
keiten zur gefälligen Benutzung.
4843 Hochachtungsvoll

A. Küster.

Nachscheringe
täglich frisch geräuchert, a 25, 20 und
10 g. bei (5696)

G. Dzik,
Johannigasse Nr. 28.

Tettbürlinge,
täglich frisch empfiehlt (5705)
M. Jungermann,
Ziegengasse 6.

Fuchs zu Festlichkeiten werden
stets verhüten Breit-
gasse Nr. 36 bei J. Baumann.

Bazar

am 7. und 8. Februar im Franziskanerkloster

zum Besten des Reinicke-Stifts.

Das unterzeichnete Comitee bittet diesem wohlthätigen Unternehmen
eine freundliche Teilnahme in allen Kreisen unserer Stadt zu wenden zu
wollen und ist bereit passende Gaben aller Art in Empfang zu nehmen.
G. Brinkman, Hopeng. 18. G. Vertram, Neugarten 22. G. Bresler,
Sandgrube 28. G. Beitzmann, Hundeg. 24. G. Breidsprecher, Hundeg. 28.
G. Bram, Paradiesg. 36. G. Birkhoff, Schmedeg. 31. A. Gie, Heil-
Leihen. 8. J. Cohn, Langgasse 6. G. Devrient, Langenmarkt 14. G. v. Grün-
hansen, Neugarten 12. M. v. Engelse, Fleischerg. 91. A. Engel, Stein-
damm 25. M. Jäsch, Langenmarkt 33. Sandgrube 6—8. G. Jünke,
Sandgrube 28. A. Kerber, Langenmarkt 41. G. Kint, Schwarzes Meer 10.
M. Kirch, Lang. 23. M. v. Gerlach, Hopeng. 64. M. Gibbons, Lastadie 35.
G. Hagemann, Langgarten 38. G. Hoffmann, Langgarten 21. M. Heideg.,
Hundeg. 25. M. Hein, Gerberg. 7. A. Hendewerk, Neugarten 20 b.
A. Jünke, Hopeng. 11. A. Kint, Hundeg. 25. G. Kosinski, Sandgr. 38.
A. Kint, Weideng. 43. G. Kruse, Schwarzes Meer 4. A. Krüger, Weier-
gasse 12. G. Kutschmann, Dobiasch. 27. M. Krüger, Hundeg. 57. M. Lü-
se, Brauendes Wasser 5. A. Mainhardt, Heil. Geistg. 103. A. Mason,
Hundeg. 47. G. Kögel, Brodbänkeng. 28. G. v. Oczewski, Neugarten 31.
G. Ollendorf, Hopeng. 15. M. Olszewski, Lang. 11. P. Panten, Schwarze
Meer 4. G. Petzschow, Steindamm 25. M. Poichmann, Brodbänkeng. 36.
M. Pinto, Langenmarkt 29. A. Pommernschmidt, Wallgasse 7. A. Rottke,
Lastadie 35. M. Reinitz, Breitg. 79. G. Stark, Langenmarkt 39. G. Schmidt,
Neue Motte 6. G. Shring, Hundeg. 95. M. Santor, Fleischergasse 60.
M. Spittel, Hopeng. 32. M. Schellwien, Hundeg. 57. M. Tramme,
Stranda. 8. G. Tornwaldt, Neugarten 7. G. Ulrich, Fleischergasse 71.
G. Winter, Gerberg. 5. M. Wanfried, Hundeg. 54. G. Wannowius,
Langenmarkt 17. M. Ziemienski, Langenmarkt 1. (5697)

Beleihungen

städtischer Grundstücke werden am vorheilhaftesten durch den
Danziger Hypotheken-Verein
bewirkt.

Wir sind beauftragt, Darlehnsanträge entgegenzunehmen
und hierüber jede gewünschte Auskunft zu erteilen.

Meyer & Gelhorn, Bank- und Wechsel-Geschäft. Langenmarkt No. 40.

Vortrags- und Musik-Abend

in der gütigst vom Magistrat bewilligten Aula der Victoria-Schule
Donnerstag, den 14. Januar, Abends 7½ Uhr.

Billetts a. M. 1,50, vorher 3 Billets 3 M. in der Musikalien-
handlung von G. Bemissen, Langenmarkt 1. — Einzelbillets auch an der
Kasse. — (5649)

Dr. Carl Fuchs.

Wilhelm-Theater.

Sonnabend, den 16. Januar 1886:

Zweiter und letzter Maskenball.

Bassler Versicherungs-Gesellschaft gegen Feuer- und Explosions- Schäden.

Grundkapital: 8 Millionen Mark.

Die Gesellschaft versichert gegen Feuer-, Explosions- und Blitzzäden
zu festen und billigen Prämien. (5706)

Der General-Agent

Benno Loche, Comtoir: Holzgasse 12 II.

13 Langgasse 13

13 Langgasse 13

13 Langgasse 13

L. Cuttner's Möbel- Magazin.

13 Langgasse 13

13 Langgasse 13

Bamen-, Herren- und Kinder-Wäsche

empfiehlt (5719)

Caesar Zimmer,

Danzig, Brodbänkengasse 51.

13 Langgasse 13

Beilage zu Nr. 15641 der Danziger Zeitung.

Mittwoch, 13. Januar 1886.

Reichstag.

(Schluß.)

Abg. v. Benda (nat.-lib.): Meine Freunde sind zum Theil für Fabrikatsteuer, aber sie sind darin einig, daß die Exportbonification anders geregelt werden müsse und können daher nur den Weg beschreiten, den die Vorlage einschlägt, der wir in ihren Grundlagen zustimmen. Die finanzielle Seite der Vorlage, der Satz der Steuer und der Bonification werden am besten in der Commission zu erörtern sein. Auffallend ist, daß Melasse vom Auslande steuerfrei eingeführt werden soll. Einig sind wir auch darin, daß steuerfreie Läger zu errichten sind. Die Commissionsberathung wird jedenfalls zur Annahme der Vorlage führen, denn sonst tritt wieder das Gesetz von 1869 in Geltung, und etwas Schlimmeres kann es nicht geben. (Beifall.)

Abg. Reichenperger (Centrum) ist persönlich der Ansicht, daß der Entwurf nicht abgelehnt werden könne, weil er eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes bedeutet. Seine vol. Freunde haben sich noch nicht darüber schlüssig gemacht. Der alte Zollverein versuchte von 1840 bis 1869 die Entwicklung der Zuckerindustrie mit aufmerksamen Augen, sieben Mal wurde in dieser Zeit der Zollsatz geändert. Daß dies seit 1869 nicht geschehen ist, hat die schlimmsten Folgen gehabt. Obwohl Bevölkerung, Zahl der Fabriken, Produktion und Consum dauernd gestiegen, ist der Ertrag ausrückgegangen. 1883, wo der letztere auf $33\frac{1}{2}$ Mill. Mark sank, betrug die Production 8 Mill. Doppelcentner und hätte mindestens 77 Mill. bringen müssen. Die Zahl der Fabriken ist von 296 i. J. 1869 auf 408, und der Rübenverbrauch von $25\frac{1}{2}$ Mill. Centner auf 104 Mill. in 15 Jahren gestiegen. Seit 1869 hat sich außerdem noch die Melasseverarbeitung eingestellt, welche in 4 ausschließlichen Melassefabriken allein 500 000 Centner Zucker produziert, ohne daß derselbe der Besteuerung unterliegt. Jede der vier Fabriken erhält auf diese Weise, wenn es ihr gelingt, den Zucker zu exportieren, eine jährliche Staatssubvention von nahezu 1 Mill. M. Die nach und nach der Industrie erwachsenden Nachtheile erkannte man in den Kreisen der Industriellen sehr wohl und gab daher auch den Anstoß zu der 1883 erfolgenden Herabsetzung der Exportbonification von 9,40 M. auf 9 M. Die Generalversammlung der deutschen Zuckerindustriellen in Magdeburg rüttete an die Regierung eine Petition um Besteuerung der Melasse, die nicht acceptirt wurde; in der Commission begründete die Regierung ihre ablehnende Haltung damit, es handle sich nur um ein Provisorium, das Definitivum solle nach der Enquête eintreten. Wie können die verbündeten Regierungen überhaupt glauben, mit der Rohmaterialsteuer jemals auf ein Definitivum zu kommen? Die Fortschritte der Technik werden auch fernerhin bleiben. Nach der Enquête von 1883 überzeugte sich allerdings die Regierung davon, daß etwas geschehen müsse und brachte am 20. Juni 1884 einen Gesetzesentwurf, der die Steuer von 8 auf 9 Sgr. pro Centner erhöhte, also so spät in der Reichstagsession, daß von einer Berathung keine Rede sein konnte. Der Reichstag ging dann auch am 28. Juni auseinander, ohne die dringende Angelegenheit zu erledigen. Auch der vorliegende Entwurf ist lediglich ein Palliativmittel. Das zeigt sich auch in dem in Aussicht gestellten Ertrag von 45 500 000 M., welcher bei Zugrundelegung einer Verbrauchssteuer von 10 M. pro Centner, wovon auch der Entwurf von 1884 ausging, mindestens

80 000 000 M. erreichen müßte. Absolut mit Stillschweigen übergeht die Regierung die Stellung der Industriellen auch jetzt wieder. Die wichtigsten Stimmen haben sich für die Fabrikatsteuer ausgesprochen, eines aber als sofort und dringend notwendig auszuführen empfohlen: die Herstellung einer Zusatzsteuer in Rücksicht auf die verschiedene Qualität der Rüben. Diese Resolution ist einstimmig gefaßt. Aber die Regierung nimmt nicht mit einem einzigen Worte Rücksicht darauf. Die rheinischen Rüben polarisiren nur mit 10 p.C. die von Sachsen mit 15 p.C. und mehr. In den sonst so reichlich ausgestatteten Motiven vermissen ich die Anlage, nämlich den Nachweis über die von den einzelnen Fabriken gezahlten Dividenden. Warum wird uns diese Tabelle vorenthalten? Und warum läßt man denn den ganzen Melassezucker unbesteuert? Welche Gründe in Wahrheit vorliegen, weiß ich nicht. Meine Forderungen gegenüber der Vorlage bestehen also in einer Erhöhung der Ertragsfähigkeit, so daß dieselbe einer Verbrauchssteuer von 10 M. pro Centner Zucker entspricht, sowie in einer Zusatzsteuer zur Rübensteuer, um dadurch die Qualitätsdifferenzen auszugleichen.

Staatssekretär v. Burchard nimmt die Reichsfinanzverwaltung gegen den Vorwurf in Schutz, daß dieselbe den Verfall der Steuer verhindert habe. Der Steuerertrag belief sich von 1870 bis 1880 auf durchschnittlich 47 Mill., hat aber fortlaufend in den einzelnen Jahren erheblich geschwankt. 1874/75 betrug er 42,9 Mill., 1875/76 56, 1876/77 45, 1877/78 und 1878/79 47 Mill., 1879/80 51 und 1880/81 44,8 Mill. Diese letztere Summe bedeutet ja schon einen nicht unerheblichen Rückgang gegen das Vorjahr; wenn man sie aber mit dem außerordentlich hohen Ertrag von 1879/80 zusammenhält und den Durchschnitt der Vorjahre berücksichtigt, so entsprach auch diese Einnahme dem Durchschnitt noch durchaus. Die Regierung war also im Herbst 1881 gar nicht in der Lage, zu sagen, daß die Rübenzuckersteuer verfällt, daß ein dauerndes Missverhältnis zwischen Steuer- und Ausfuhrvergütung bestehe. Erst die Ergebnisse der Campagne von 1881/82 mußten der Regierung die Vermuthung aufdrängen, daß in der That ein solches Missverhältnis da sei, als der Ertrag auf 40,9 Millionen sank. Dieses Ergebniß wurde natürlich erst nach dem Schluß der Betriebsperiode im Herbst bekannt, und alsbald hat sich der Bundesrat mit der Angelegenheit beschäftigt. Schon im Februar 1883 beschloß er die Veranstaltung einer Enquête, beantragte dann aber auch sofort eine Abminderung der Exportvergütung. Die Enquêtecommission hat ihren Bericht am 12. März 1884 erstattet, der Bericht ist sofort von den verbündeten Regierungen eingehend geprüft worden, und schon am 15. Juni 1884 ist die Vorlage an den Reichstag gelangt, kam aber in jener Session nicht mehr zur Berathung. Der Schluß des Reichstages ist erfolgt, weil er es wiederholt wurde, hat Ihre allseitige Zustimmung gefunden. Bei dem diesmaligen Zusammentritt des Reichstages ist die Vorlegung erfolgt. Diesen Thatsachen gegenüber verlieren die der Regierung gemachten Vorwürfe jeden Halt. Die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung auf 1,80 M. ist keineswegs zugleich eine Erhöhung der Objectsbelastung. Mit dieser Erhöhung wird nicht einmal jenes Maß der Belastung erreicht, welches 1869 als das richtige galt, nämlich die Belastung des Zuckers mit 10 M. pro Centner. Eine Herabminderung und allmäßliche

Beseitigung der Zuckersteuer wäre weder finanziell, noch wirtschaftlich, noch steuerpolitisch gerechtfertigt. Denn, wenn schon ein Nahrungsmittel, so ist es doch keins von den notwendigsten. Die Bewunderung des Abg. Reichenperger über die Nichtberücksichtigung der Beschlüsse der Zuckerindustriellen, bezüglich der Besteuerung der Melasse und der Zusatzsteuer, erklärt sich einfach daraus, daß der Regierung davon nichts bekannt ist. Entweder liegt hier ein Irrthum des Vorredners vor, oder die Interessenten haben von ihren Dresdener Beschlüssen der Regierung keine Mitteilung gemacht. Wenn Hr. Witte zu ganz anderen Resultaten bei seinen Berechnungen über das Ausbeuteverhältnis gelangt, so liegt dies daran, daß er das letzte und vorletzte Jahr zu Grunde legt. 1882/83 waren noch 10,50 Centner Rüben zur Herstellung eines Centners Zucker nötig. Würden wir über dieses Maß hinausgehen, so würden wir namentlich die schwächeren Elemente der Industrie ernstlich gefährden. Daß die Fabrikatsteuer gewisse Vortheile hat, ist nicht zu verneinen. Aber im Interesse der Industrie müssen wir uns für die Beibehaltung der Materialbesteuerung entscheiden und ihre Nachtheile nach Möglichkeit auszugleichen suchen. Durch die Erhöhung der Steuer wird der Industrie nur ein unberechtigter Gewinn entzogen. Der Consum wird nicht belastet, denn der Preis des Zuckers bemüht sich nicht nach der Höhe der Steuer, sondern der Ausfuhrvergütung, und die Erhöhung derselben ist verschwindend gegenüber der Steuererhöhung. Wir machen nicht Gesetze für ewige Zeiten, ich glaube aber, daß dieses Gesetz für eine längere Reihe von Jahren zutreffen wird.

Abg. v. Hellendorff (conf.): Ein großer Theil meiner politischen Freunde steht wesentlich auf dem Standpunkt der Regierungsvorlage. Dennoch sind über einige Punkte der Vorlage bei uns verschiedene Ansichten. So hält man das Verhältnis der Rüben zum Zucker von 10% zu 1 für zu hoch gegriffen. Ebenso redet man einer Herabsetzung der Rübensteuer das Wort, unter gleichzeitiger Herabsetzung der Bonification. Die Zuckerindustrie hat erst vor Kurzem eine sehr schwere Krise überwunden, von der sie sich eben mühsam erholt. Sie hat dieselben Interessen wie die Landwirthschaft. Es müssen daher die fiscalischen Interessen, so berechtigt sie am sich sind, hinter diesem Interesse zurücktreten. Den Übergang zur Fabrikatsteuer halte ich angeföhrt der großartigen Entwicklung unserer Zuckerindustrie unter der Form der Materialsteuer für ein theoretisches Hirngespinst, es würde dadurch an der Basis der ganzen jetzigen Fabrikationsweise gerüttelt.edenfalls möchte ich mich gegen die Herabsetzung der Bonification erklären, es würden dadurch die Preise zum Schaden der Industrie um denselben Betrag heruntergehen. Wenn wir auch nicht so phantastische Exportprämien gewähren wollen, wie andere Länder, so müssen wir sie doch so stellen, daß unsere Industrie sich auf dem Weltmarkt behaupten kann. Ein paar Millionen für die Staatskasse kommen dagegen nicht in Betracht, zumal in einem Augenblick, wo unsere Zuckerindustrie wieder im Aufblühen begriffen ist. (Beifall rechts.)

Abg. Nobbe (Reichsp.): Als Bedingungen einer wirklichen Steuerreform betrachte ich, daß sie einer lebhaften Steigerung des Consums die Wege bahnt, daß sie dem Reiche eine höhere Einnahme liefert und daß sie gewisse dauernde Verhältnisse schafft. Dieses Ziel kann auf der Basis dieser Vorlage nicht erreicht werden.

Denn die Rübensteuer kann niemals eine constante Einnahme bieten, sie schwankt je nach dem Ernteertrag und dem Zuckerreichtum. Auch ich halte den gegenwärtigen Augenblick nicht für geeignet, einer Systemänderung in der Steuer näher zu treten. Daher stelle auch ich mich auf den Boden der Rohmaterialsteuer. Allerdings muß zugegeben werden, daß höhere Erträge für den Discus nicht zu erzielen sind, ohne den Weg der verbündeten Regierung zu betreten oder zur Melassesteuer zu schreiten. Zwar ist auch heute vom Tische des Bundesrates gesagt, daß der Begriff Melasse nicht definirbar sei. Aber wenn man ernstlich will, so findet man auch die Mittel zur Durchführung. Die Schwierigkeiten sind mehr theoretischer, als praktischer Natur. Was die Industrie betrifft, so wird sie nicht verwundert sein, sie wird das Gesetz zum Theil mit Jubel aufnehmen. Anders steht es mit der Landwirthschaft. Sie wird entschieden einen Theil des Verdienstes zahlen müssen, der dem Staate zufällt, und sieht daher das Gesetz mit schweren Bedenken an. Die Einrichtung steuerfreier Lager empfiehlt auch ich, damit das Risiko des Fabrikanten gemindert wird.

Darauf wird die Debatte bis morgen vertagt.

Abg. v. Jazdzewski ersucht den Präsidenten, auf die Tagesordnung einer der nächsten Sitzungen die Befreiung der am 1. Dezember v. J. abgebrochene Discussion über die Interpellation betreffend die Ausschreibungen zu setzen.

Präsident gibt anheim, diesen Wunsch am Donnerstag bei der Fortsetzung der Tagesordnung zu wiederholen.

Abg. Rickert: In der Form muß ich dem Hrn. Präsidenten Recht geben; ich will aber heute erklären, daß wir in jeder nächsten Sitzung einen Antrag Jazdzewski auf Befreiung der Ausschreibungen der Interpellation aufs lebhafte unterstützen werden. Es entspricht der Würde des Reichstages, daß in einer so wichtigen Sache die Verhandlung nicht wie bis jetzt von Woche zu Woche verschoben wird.

Präsident: Es liegen noch drei Anträge vor, welche denselben Gegenstand betreffen. Meiner Ansicht nach würde es nicht gut sein, die Verhandlung über dieselben und die Interpellation zu trennen. Meine Absicht war, die Anträge in der Reihe folge, wie sie eingebracht sind, auf die Tagesordnung zu legen.

Abg. Windthorst: Ich glaube, der Präsident hat ganz correct gehandelt. Zwar wünschen meine Freunde, daß die von Hrn. v. Jazdzewski erwähnte Angelegenheit baldigst erledigt werde. Doch glaube ich, daß alles in geböhriger Ordnung gehandhabt ist. Je wichtiger die Angelegenheit war, desto nothwendiger war es, sie kalt und ruhig zu behandeln. Deshalb muß ich die Anerkennung des Abg. Rickert, daß der Reichstag die Sache verschleppt hat, entschieden zurückweisen.

Abg. Rickert: Ich bin mit Hrn. Windthorst einverstanden; ich meinte nur, daß es der Würde des Reichstages entspreche, die Angelegenheit jetzt endlich auf die Tagesordnung zu setzen.

Abg. Windthorst: Ich und Hrn. Rickert sind einer Meinung bis auf zwei Wörter. Er sagt „jetzt endlich“, ich sage „jetzt“, weil die Sache nicht eher behandelt werden könnte. (Große Beifall.)

Nächste Sitzung: Mittwoch.

